

Der Arzt und Schriftsteller Dr. Friedrich Wolf, der in seinem künstlerisch nicht sehr eindrucksvollen Drama „Zyankali“ schon 1929 für die Beseitigung des § 218 eintrat, äußerte in der Zeitung „Neues Deutschland“ zur sozialen Indikation, der soziale Notstand habe die Widerstandskraft in vielen Fällen bereits so geschwächt, daß bei Hinzutreten einer Schwangerschaft lebensgefährliche Krankheiten ausbrechen. Aber auch er vertritt die Meinung, daß Verhütung besser als Unterbrechung ist. „Der § 218 sollte nicht abgeschafft, sondern überflüssig werden. Geburtenregelung ist die beste Möglichkeit, die Abtreibung zu verhindern.“

Lebensraum - rot lackiert

Wojewodschaft Hamburg

Deutschland muß zufrieden sein, wenn sich die Polen mit der Oder-Neiße-Grenze zufrieden geben“, erklärte der Leiter des Volksbildungsamtes in Halle, SED-Stadtrat Schmidt, auf einer Veranstaltung. „Die slawischen Völker haben einmal ihre Wohnsitze sogar an der Saale gehabt und sind dort von deutschen Stämmen verdrängt worden.“

Die polnische „Westagentur“ in Breslau — die Polen nennen es Wroclaw — ist ebenfalls der Ansicht, daß „die historischen und moralischen Rechte des polnischen Volkes an der Oder-Neiße-Linie nicht haltmachen.“ Im Verein mit dem „Slawischen Komitee“ in Breslau versucht die Agentur die Welt davon zu überzeugen, daß die Ostgrenzen Deutschlands mindestens bis zur Elbe zurückverlegt werden müssen. Die „historischen Rechte“ gehen in diesem Fall bis auf das Jahr 1000 zurück.

Berlin, Magdeburg, Lübeck, Kiel und Hamburg sollen nach dem Plan eines Professors Stojanowski die wichtigsten Städte eines slawischen Elbstaates werden. Auch die Lausitz soll nach ihm einen selbständigen Staat bilden, während andere Leute der Einfachheit halber gleich eine Annexion durch Polen vorschlagen.

Es stimme zwar, daß diese Gebiete einmal von Slawen besiedelt waren, meint der Berliner „Abend“. Erkenne man aber ein solches Argument grundsätzlich an, so erfordere die Logik, daß man noch weiter gehe. Diese slawischen Stämme seien im frühen Mittelalter in einen Raum eingesickert, der vorher von Germanen besiedelt war. Diese Germanen aber hatten zeitweilig sogar die Ukraine und die Krim in Besitz. Darauf stützten einmal die Nazis ihre Ansprüche auf diese Gebiete.

Solche „historischen Forderungen“, meint das Berliner Blatt, seien peinlich zu hören, ganz gleich, ob braun oder rot lackiert.

Auch General Anders, der Führer der polnischen Exil-Armee, erklärte der Züricher „Tat“, der heutige Zustand sei keine Lösung. Polen sei nicht in der Lage, die deutschen Gebiete bis zur Oder zu verdrängen.

Der General ist der Meinung, daß Polen auf Danzig und Oberschlesien nicht verzichten kann, aber im übrigen möchte er „das uns von den Russen aufgezwungene Danaergeschenk“ baldmöglichst gegen die alten polnischen Gebiete eintauschen. „Wenn Polen seine Unabhängigkeit wieder erlangt hat.“

Allerdings hält auch Anders die Ansprüche Polens auf Ostpreußen für „historisch gerechtfertigt“. Was aber die Russen dort zu suchen hätten, sei ihm schleierhaft.

CDU blieb ungeküßt

Wählerisches aus dem Westen

Ein neues Wahlgesetz erhitzte im ungeheizten Sitzungssaal die Gemüter des ungebildeten Landtags von Nordrhein-Westfalen, der unter dem heftigen Flügel schlagen der sonst flügellosen Union das Mehrheitswahlrecht nach englischem Muster bestätigen sollte.

Das vorgeschlagene Wahlgesetz sah eine direkte Wahl in Ein-Mann-Wahlkreisen vor, wobei die Reststimmen in einen Reservestimmfonds fließen sollten. Für diese Lösung sprachen die CDU und eine britische Empfehlung, die die Wahldebatte noch vor Weihnachten beendet sehen wollte.

Die kleinen Parteien sahen dieses Wahlgesetz als Existenzproblem an und forderten stürmisch das Verhältniswahlrecht. Zünglein an der Waage war die SPD als zweitgrößte Partei des Landes. Sie stimmte dagegen.

Als sich am ersten Tage der Sondersitzung trotz stundenlanger stürmischer Debatten keine Einigung erreichen ließ, wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte eingebracht. Der neugewählte Landtagspräsident Dr. Lehr, CDU*) erklärte, die Stimmen seiner Unionfreunde reichten zur Fortführung der Debatte aus. Das mißtrauische Haus beantragte die Auszählung, und es ergab sich, daß der Antrag auf Schluß der Debatte mit 72 zu 70 Stimmen angenommen worden war.

Um das Haus nun wenigstens beschlußfähig zu machen, verließ die gesamte CDU-Fraktion den Sitzungssaal, worauf Lehr das halbleere Haus vertagte.

Eine amüsante Wendung erhielt die Debatte durch einen ungeschickten Zwischenruf, den Dr. Adenauer kavaliermäßig mit dem Florett parierte. Der Vorsitzende der rheinischen SPD, Görlinger, rief nämlich, als Adenauer die Vorzüge des Mehrheitswahlrechts pries: „Ganz im Sinne der britischen Militär-Regierung“, worauf Dr. Adenauer in einem Dialekt, der mehr angelsächsisch als rheinländisch war, erwiderte, er sei noch nicht in London

*) Vor 1933 deutschnational, auch von der SPD zum Landtagspräsidenten gewählt.



Anders sieht es anders
Der General negiert die Ostgrenzen

empfangen worden und ihm hätten britische Regierungsmitglieder noch kein Bankett gegeben.

Am Nachmittag des zweiten Sitzungstages versuchte die Union wenigstens noch ihren Wahltermin (30. März) zu retten. Wiederum waren sich alle übrigen Parteien des Hauses in der Ablehnung des Antrages einig. Auch die beiden feindlichen Brüder, KPD und SPD, was den CDU-Abgeordneten Dr. Warsch, Oberbürgermeister der Seidenstadt Krefeld, zu dem Ausruf hinriß: „Der Hans küßt die Grete und die Grete küßt den Hans!“

Die CDU blieb ungeküßt. Der Wahltermin aber wurde inzwischen doch auf den 30. März festgesetzt. Für die gesamte Zone und auf Anordnung der Militär-Regierung.

Unzweifelhaft machten die Abgeordneten gerne von ihrem Recht Gebrauch, Debatten „entbrennen“ zu lassen — sonst brannte nämlich trotz der Außentemperatur von Minus 15 Grad im ganzen Haus nichts. Die Sitzung stand unter dem Minuszeichen des schweren vorweihnachtlichen Kälteeinbruchs und der Sperrung der Hausbrandversorgung.

Da alle Parteien gleichmäßig kaltgestellt waren, kam es zu einer überzeugenden Manifestation der Einheit des Hauses in einem Appell an die Militär-Regierung zur Sicherung der Hausbrandversorgung.

KRIEGSGEFANGENE

Bellenger schickte sie heim

Ein Schiff hielt nicht

Ulrich Wolf, Fritz Oeder und Josef Schönsteiner aus dem Kriegsgefangenenlager 106, in Stamford, Lincs., England, waren Silvester zu Hause. Sie haben sich ihre Entlassung außer der Reihe redlich verdient.

Anfang Dezember arbeiteten sie auf einem Bauernhof zwischen Pilsgate und Stamford. Es war ein trüber, nebelverhangener Tag. Plötzlich sahen sie, wie in der Nähe ein Flugzeug in rasender Geschwindigkeit herunterstieß, auf dem Boden aufschlug und sofort in Flammen stand.

Sie eilten hinzu und suchten, unbekümmert um die eigene Gefährdung, die beiden Insassen aus der brennenden Maschine herauszuziehen. Sie konnten trotz allen Bemühens die englischen Flieger nicht retten. Kriegsminister Bellenger aber ordnete Weihnachten ihre Entlassung an.

Nicht das gleiche Glück hatten internerierte deutsche Handelsmatrosen, die im Hafen von Mombassa an der Küste des afrikanischen Kenia-Landes den 19 000-Tonnen-Dampfer „Johan van Oldenbarneveldt“ zu stoppen versuchten. Das Schiff, ein Holländer, kam von Bombay und hatte 1600 italienische Gefangene und englische Soldaten an Bord, die in Europa entlassen bzw. demobilisiert werden sollten.

Die Matrosen witterten eine Chance, mit diesem Schiff nach Europa und in die Freiheit zu kommen. Sie warfen eine Eisenstange gegen die Schiffswand, um die Schrauben zum Stoppen zu bringen. Sie wurden eingesperrt.

Völlig unbekannt ist das Schicksal zweier deutscher Kriegsgefangener, die in Langres in Ostfrankreich auf einem Flugplatz ein Flugzeug kaperten, dessen Tanks gefüllt waren. Sie flogen mit der Maschine in Richtung auf die deutsche Grenze davon. Ob und wo sie gelandet sind, wird nicht berichtet.